

Aktuelle Frage von der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg an Herrn
Ministerpräsident Paasch
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Ausschuss I vom 10. April 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sozialdumping

Frage von Lydia Klinkenberg:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Der Wirtschaftsstandort Ostbelgien ist vorwiegend geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen. Dynamische Mittelständler bilden das unverzichtbare Rückgrat unserer Wirtschaft, denn wir verdanken dem Mittelstand den Großteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in unserer Region. Der Mittelstand schafft die Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung in Ostbelgien. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte deshalb alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um mittelständische Unternehmen zu unterstützen.

Nun berichteten mehrere Tageszeitungen zum wiederholten Male, dass gerade der Mittelstand unter unlauterer Konkurrenz (insbesondere) aus Osteuropa, genannt Sozialdumping, leidet. Schuld daran ist nicht zuletzt die Anwendung der sogenannten „Entsenderichtlinie“ der EU. Konkurrenten aus Billiglohnländern unterbieten regelmäßig hiesige Unternehmen. Sie erhalten Aufträge zulasten der regionalen Wirtschaft, weil sie niedrigere Sozialabgaben leisten und damit niedrigere Lohnnebenkosten haben. Dies geschieht zum Nachteil unserer Wirtschaft und der betroffenen Arbeitnehmer. Mehrfach wurde nachgewiesen, dass Unternehmen aus Billiglohnländern zudem wesentliche Sozialstandards nicht erfüllen.

Dagegen protestieren sowohl Arbeitgeber-verbände als auch Gewerkschaften zurecht. Vor kurzem berichtete die Tageszeitung ‚Le Soir‘, dass die Wallonische Region bei öffentlichen Auftrags-vergaben nun konsequent gegen Sozialdumping vorgehen werde.

Uns ist natürlich bewusst, dass die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesem Zusammenhang begrenzt sind.

Nichtsdestotrotz hat die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Vorbildfunktion. Alleine im letzten Jahr hat die DG, wie Sie uns in einer der letzten Kontrollsitzungen mitgeteilt haben, Herr Ministerpräsident, ca 61 Millionen EUR in Infrastrukturen investiert.

Deshalb hier meine Frage:

Was tut die Deutschsprachige Gemeinschaft gegen Sozialdumping, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge?

Antwort von Herrn Ministerpräsident Paasch:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Thema „Maßnahmen gegen Sozialdumping“ schon im Jahre 2014 in ihr Laufendes Arbeitsprogramm (LAP) aufgenommen.

Die ersten beiden Arbeitsschritte waren die Sensibilisierung des eigenen Infrastrukturdienstes und die Konzertierung mit den Sozialpartnern.

Mitarbeiter des Ministeriums haben in der Folge an entsprechenden Weiterbildungen teilgenommen.

2015 wurden die Sozialpartner erstmals diesbezüglich konzertiert.

Am 28.03.2017 wurde dann ein entsprechendes Projekt in der Plenarsitzung des WSR vorgestellt und diskutiert.

Im Rahmen des dritten Arbeitsschritts „Erstellung von hausinternen und externen Lastenheften“ haben wir in der Tat, Frau Kollegin, die „Instrumente zur Bekämpfung von Sozialdumping und für einen fairen Wettbewerb“ der Regierung der Wallonischen Region analysiert.

Diese Instrumente sollen Sozialdumping bei öffentlichen Bauaufträgen bekämpfen.

Dabei geht es insbesondere um drei Kapitel, die von den öffentlichen Auftraggebern in die Lastenhefte für Bauaufträge eingefügt werden können. Der erste Teil enthält Klauseln, die in die entsprechenden Teile des speziellen Lastenheftes übernommen werden.

Die Klauseln betreffen u.a. Sozialabgaben, Wohlbefinden der Arbeiter, Vergabe an Subunternehmer sowie Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Der zweite Teil enthält eine Verpflichtungserklärung des öffentlichen Auftraggebers zur Förderung eines fairen Wettbewerbs und zur Bekämpfung von Sozialdumping, die dem Lastenheft als Anlage angehängt wird.

Der dritte Teil enthält eine Erklärung der Unternehmer für einen fairen Wettbewerb und gegen Sozialdumping.

Diese Erklärung muss von allen Unternehmern und Subunternehmern unterzeichnet werden und dem Angebot beigelegt werden.

Ja, Frau Kollegin Klinkenberg, wir wollen diese Instrumente der Wallonischen Region bei öffentlichen Aufträgen übernehmen.

Wir wollen und wir werden in all unseren Zuständigkeitsbereichen, all unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um gegen Sozialdumping vorzugehen, unseren Mittelstand gegen unlautere Konkurrenz zu schützen und einen fairen Wettbewerb zu fördern.

Sie haben Recht, Frau Kollegin, das ist zwingend erforderlich.

Mittlerweile haben wir alle Dokumente ins Deutsche übersetzt.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat auf ihrer Sitzung vom 16. März 2017 beschlossen, den lokalen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Gebrauch dieser Instrumente zu empfehlen.

Diese Empfehlung wird mittels eines Rundschreibens geschehen, das in den kommenden Tagen an die lokalen Behörden versendet wird.

Selbstverständlich sollen nicht nur die lokalen Behörden diese Instrumente benutzen, auch wir selbst wollen das tun.

Das Ministerium erarbeitet momentan einen Vorschlag für alle öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Instrumente werden in Kürze auf www.ostbelgienlive.be zur Verfügung stehen.

Ministerpräsident

Oliver Paasch

ProDG